

Ulrich Breuer muss Ende 2017 gehen

Senatsentscheidung gegen KIT-Vizepräsidenten

Von unserem Redaktionsmitglied Julius Sandmann

Karlsruhe. Die Geschichte der Zwistigkeiten am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist um ein Kapitel reicher: Der Senat hat am Montag die Entscheidung des Aufsichtsrates, Ulrich Breuer von 2018 an für weitere sechs Jahre als Vizepräsidenten für Wirtschaft und Finanzen zu beschäftigen, nicht bestätigt. Damit endet seine Amtszeit zum 31. Dezember 2017. Das geht aus einem Rundschreiben von KIT-Präsident Holger Hanselka hervor, das den BNN vorliegt.



ULRICH BREUER geht 2017 in sein letztes Jahr als KIT-Vizepräsident. Foto: Fabry

Bereits in einer Probeabstimmung hatte sich der Senat gegen Breuer entschieden, wie die BNN Ende Oktober berichteten. Jetzt ist Anfang der Woche die endgültige Entscheidung gefallen. Dabei hatte sich der KIT-Aufsichtsrat – prominent besetzt mit Dietmar Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG, und Multimilliardär Stefan Quandt, einer der reichsten Deutschen – vorher einstimmig für Breuer entschieden. Der KIT-Senat – Mitglieder sind unter anderem die Dekane der elf Fakultäten – hät-

te diese Wahl jedoch bestätigen müssen – was er aber nicht tat. „Nach der Auszählung gab es beim Präsidium betroffene und verwunderte Gesichter“, erzählte eine Person, die bei der Wahl anwesend war, den BNN.

Breuer persönlich wollte sich zu diesem Vorgang nicht äußern. Ebenso wie Wolfgang Eppler, Vorsitzender des Personalrats. Hanselka bedauerte die Entscheidung in seinem Rundschreiben. „In seiner Amtszeit hat Dr. Breuer als tatkräftiger und engagierter Vizepräsident Reformen angestoßen, die zum Zusammenwachsen des KIT beigetragen haben“, hieß es dort. Zudem habe Breuer den Haushalt konsolidiert, was nur mit großen Anstrengungen und der Veränderungsbereitschaft aller Beteiligten zu bewerkstelligen gewesen sei.

Der These, dass die Entscheidung auch gegen den Reformkurs von Hanselka gerichtet sei, trat KIT-Pressesprecherin Monika Landgraf entgegen: „Nein, das Votum des KIT-Senates ist definitiv nicht als ein Signal gegen die Dachstrategie KIT 2025 und die strategische Weiterentwicklung des KIT zu werten.“ Diese sei



DER UNMUT SPRIESST WEITER: Nach dem negativen Senatsvotum muss sich die KIT-Führung Gedanken über den nächsten Vizepräsidenten für Wirtschaft und Finanzen machen. Foto: jodo

im vergangenen Jahr mit breiter Zustimmung aller Gremien verabschiedet worden. Auch die bei der Wahl anwesende Person sagte, es sei allein um Breuer gegangen.

Für Landgraf ist die Entscheidung ebenfalls kein Zeichen für eine Diskrepanz zwischen Aufsichtsrat und Senat. „Der KIT-Senat ist ein demokratisch gewähltes Gremium des KIT und wir akzeptieren dieses Votum. Weitere darüber hinausgehende Interpretationen wären absolut fehl am Platz“, sagte die KIT-Pressesprecherin.

Personalrat äußert sich nicht öffentlich

Breuer, der seit 2012 Vizepräsident ist, polarisiert am KIT. Während ein Mitarbeiter gegenüber den BNN bereits früher davon gesprochen hatte, dass im Zuge der Reformen eine „Spur der Verwüstung“ durch die Einrichtung gezogen würde, sprach ein anderer davon, dass der Vizepräsident hemdsärmelig im positiven Sinne sei.

Für Breuers Nachfolge gibt es ein im KIT-Gesetz geregeltes Verfahren. Nach einer öffentlichen Ausschreibung muss sich die Mehrheit des Aufsichtsrates für

den nächsten Vizepräsidenten für Wirtschaft und Finanzen entscheiden. Aber auch hier gilt nach Aussage von Pressesprecherin Landgraf wieder: „Die Wahl des Aufsichtsrates bedarf der Bestätigung durch den KIT-Senat.“

Die BNN haben in den vergangenen Monaten häufiger über die am KIT herrschende Unzufriedenheit wegen der Umstrukturierungen gesprochen. Hanselka selbst hatte während einer Redaktionskonferenz bei den BNN Anfang dieses Monats gesagt, der Informationsfluss sei verbesserungswürdig, die Kritiker seines Reformkurses stellten aber nicht die Mehrheit.